

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MP 53), Rathaus, 3. Stock, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus
Postfach 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur: Fred Vovausek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Mittwoch, 13. Mai 1987

Blatt 996

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hohe Auszeichnung für Wiens Magistratsdirektor (998/999/FS: 12.5.)
- Erste „Gemeindeurlauber“ dieses Jahres verabschiedet (1000)
- Verkehrsberuhigung Kolonitzplatz im 3. Bezirk (1001)
- Gemeinderatsausschuß stimmt Gaspreissenkung zu (1002)
- Diskussion über die Zukunft des Wiener Gemeindebaus (1003)
- Country- und Westernmusik in der Josefstadt (nur FS)

Kultur:

- Ehrenmedaille in Gold für Romuald Pekny (997/FS: 12.5.)

Ehrenmedaille in Gold für Romuald Pekny

Wien, 12.5. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus Kammerschauspieler Prof. Romuald PEKNY die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Romuald Pekny, der 1920 in Ottakring geboren wurde, absolvierte nach den Kriegsjahren das Reinhardt-Seminar und kam über verschiedene Engagements an die Münchner Kammerspiele, denen er bis heute angehört. Fritz Kortner, unter dessen Regie Pekny in München als Richard II. oder als Jago große künstlerische Erfolge feierte, brachte ihn ans Burgtheater, dessen Mitglied Pekny ebenfalls bis heute ist. Hier spielte er unter anderem den Rudolf II. in Grillparzers „Bruderzwist“, den Orgon in Molières „Tartuffe“ oder den Salieri in Shaffers „Amadeus“, für den er mit der Kainz-Medaille ausgezeichnet wurde. Im Fernsehen wurde Romuald Pekny in der Rolle des großen Predigers Abraham a Sancta Clara populär.

An der Feier nahmen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kardinal Dr. Franz KÖNIG, Justizminister Dr. Egmont FOREGGER, Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, 2. Landtagspräsident Fritz HAHN und Staatssekretärin a. D. Beatrix EIPELDAUER teil. (Schluß) gab/gg

Bereits am 12. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Hohe Auszeichnung für Wiens Magistratsdirektor

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Eine der bedeutendsten Auszeichnungen, welche die Republik Österreich im wissenschaftlichen Bereich zu vergeben hat, das vom Bundespräsidenten verliehene Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse, erhielt Wiens Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION. Die Überreichung des Ehrenkreuzes nahm Dienstag nachmittag Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Dr. Hans TUPPY vor. Der kleinen Feier wohnten Nationalratspräsident Leopold GRATZ — er ist Präsident der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft —, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL bei.



Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Dr. Hans Tuppy und Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion

Aufbau der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft

In der Begründung für die hohe Auszeichnung wird Dr. Bandions maßgeblicher und erfolgreicher Einsatz für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft gewürdigt. Die national und international anerkannte Entwicklung dieser Vereinigung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist untrennbar mit dem persönlichen Einsatz Dr. Bandions als Geschäftsführer beziehungsweise Geschäftsführendes Vorstandsmitglied verbunden. Er entwickelte die wissenschaftliche Konzeption, die durch ein enges Zusammenwirken von Grundlagenforschung und angewandter Forschung zur Verhinderung der Abwanderung von wissenschaftlichem Nachwuchs in das Ausland beitrug. Auf seine Initiative geht auch die Gründung der beiden internationalen Gesellschaften für Chemo- und Immunotherapie sowie zur Erforschung von Grenzgebieten der Medizin zurück.

Minister Tuppy hob in seiner Rede vor allem die Leistungen Dr. Bandions im Bereich des Forschungsmanagements hervor. Bandion habe seine juristischen Fähigkeiten sowie seine Managementbegabung in hohem Maße zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich eingesetzt. Die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft hat ihre Tätigkeit von den Anfängen auf naturwissenschaftlichem Gebiet längst auch in den medizinischen sowie in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich erweitert und bietet heute einer großen Zahl hervorragender Forscher die Möglichkeit zu adäquater wissenschaftlicher Arbeit.

Bereits am 12. Mai 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

**Bandion: Eigeninitiative, Weltoffenheit,
Höchstleistungen in der Forschung**

In seinen Dankesworten griff Magistratsdirektor Bandion die von Wissenschaftsminister Tuppy in seiner „Eröffnungsbilanz“ genannten Maximen Eigeninitiative, Drittmittelaktivitäten, Weltoffenheit und Höchstleistungen auf und wies darauf hin, daß die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft diese Prinzipien bereits in der Vergangenheit befolgt habe. Er erinnerte daran, daß die Gesellschaft 1966 durch die Einstellung staatlicher Subventionsmittel ernsthaft gefährdet war, daß es aber gelungen ist, sie mit öffentlichen, halböffentlichen und privatwirtschaftlichen Mitteln aufzubauen und zu erweitern. Von Anfang an stand dabei der effiziente Einsatz der zur Verfügung stehenden Gelder im Vordergrund. Die damals entwickelten Formen sind im wesentlichen bis heute unverändert gültig und gewährleisten Eigenverantwortung und Flexibilität beim Einsatz der Forschungsmittel. Es werde nur solche Forschung betrieben, die auch gewünscht wird, betonte Bandion, der auch darauf hinwies, daß neben der eigenen Kontrolle auch eine Fremdkontrolle gewährleistet ist.

Weltoffenheit wurde von Anfang an durch die Gründung internationaler Tochtergesellschaften bewiesen. Das Verhältnis zwischen Verwaltungskosten und eigentlichen Forschungsmitteln hält jeden Vergleich mit anderen Forschungsförderungseinrichtungen aus, schloß Bandion. (Schluß) ger/gg

Forts. von Blatt 998

Erste „Gemeindeurlauber“ dieses Jahres verabschiedet

Wien, 13.5. (RK-LOKAL) Die ersten von voraussichtlich rund 4.000 Pensionisten und Dauersozialhilfebeziehern, die an der Urlaubsaktion 1987 des Sozialamtes der Stadt Wien bis Ende September teilnehmen werden, wurden Mittwoch verabschiedet.

Jeden Mittwoch wird nun ein Turnus dieser Urlaubsaktion, die seit 1952 durchgeführt wird, verabschiedet. Älteren Mitbürgern soll damit in einer der 12 Pensionen in Niederösterreich, Oberösterreich, im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten ein 14tägiger Urlaub ermöglicht werden. Insgesamt haben seit Bestehen dieser Aktion rund 105.800 Personen daran teilgenommen. (Schluß) jel/gg

Verkehrsberuhigung Kolonitzplatz im 3. Bezirk

Attraktivere Gestaltung des Bereichs um die Kirche St. Othmar

Wien, 13.5. (RK-KOMMUNAL) Eines der größten Projekte der Verkehrsberuhigung in Wien wird derzeit rund um die Kirche St. Othmar im 3. Bezirk verwirklicht. Dabei geht es, wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Mittwoch der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, nicht nur um die Schaffung einer Fußgängerzone in der Unteren Viaduktgasse und um eine Verkehrsberuhigung in den angrenzenden Straßen, sondern auch um eine attraktivere Gestaltung des Kolonitzplatzes. Die Umbauarbeiten, die rund 25 Millionen Schilling kosten, werden bis Ende des Jahres dauern.

Die Untere Viaduktgasse wird zwischen der Kolonitzgasse und der Löwengasse zur Fußgängerzone umgebaut — mit einem Radweg, zwei Grünflächen und Baumpflanzungen. Im Bereich vor dem Kircheneingang werden ein Trinkbrunnen mit Wasserbecken und drei größere Grünflächen, die mit einem „Sezessionsgitter“ eingefasst sind, errichtet. Neupflanzungen werden den vorhandenen Baumbestand ergänzen.

Zwischen der Kirche und der Volksschule werden zwei Sitzbereiche mit Bänken und Kartenspieltischen geschaffen, die durch niedrige Ziegelmauern von den Verkehrsflächen getrennt sind.

Insgesamt werden 16 Bäume neu gepflanzt. Für eine stimmungsvolle Beleuchtung werden 19 „Waldmüller-Leuchten“ sorgen. Vor der Volksschule und beim Trinkbrunnen werden rote Betonplatten, im Kirchenbereich und in der Fußgängerzone beige Betonplatten verlegt.

In der Löwengasse wird der Gehsteig bei der Straßenbahnhaltestelle wesentlich verbreitert, ebenso der Gehweg entlang der Schule; dort wird auch ein Schutzgeländer errichtet. In der Seidlgasse wird die Fahrbahn verschmälert. In der Kolonitzgasse werden die Gehsteige verbreitert und in den Kreuzungsbereichen vorgezogen. Diese „Ohren“ werden durch Poller begrenzt, um zu verhindern, daß dort Autos abgestellt werden. In der Seidlgasse und in der Kolonitzgasse ist Platz für zwei Schanigärten vorgesehen.
(Schluß) sc/gg

Gemeinderatsausschuß stimmt Gaspreissenkung zu

193 Millionen für Vorarbeiten im U 3-Abschnitt „Johnstraße“

Wien, 13.5. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat Dienstag nachmittag einstimmig einem Antrag der Wiener Stadtwerke-Gaswerke auf Senkung des Gasstarifes um fünf Prozent ab 1. Mai, befristet bis 31. Dezember 1987, zugestimmt. Der neue Arbeitspreis beträgt, ohne Umsatzsteuer, für Haushalte und Heizgaskunden 437 Groschen pro Kubikmeter, für Gewerbe und Industrie 422 Groschen pro Kubikmeter.

In dieser Sitzung wurde auch ein für den Baufortschritt der U 3 Richtung Ottakring wichtiger Beschluß gefaßt: Der Ausschuß genehmigte einen Betrag von 193 Millionen Schilling für bauliche Vorarbeiten im Bauabschnitt „Johnstraße“ der U 3. Davon werden heuer bereits 45 Millionen Schilling benötigt. Der Baubeginn in diesem Abschnitt (U3/15) soll Mitte 1988 erfolgen. Im Herbst 1993 soll die U 3 in ihrer zweiten Betriebsstufe vom Volkstheater bis zur Johnstraße verlängert werden.

Der Bauabschnitt „Johnstraße“ beinhaltet den Streckentunnel unter der Meiselstraße, die Station „Johnstraße“ und die daran anschließende Wende- und Abstellanlage, die sich bis zur Beckmannngasse erstreckt. Vor dem Rohbaubeginn sind bauliche Vorarbeiten notwendig, die im wesentlichen die Freimachung des Baubereiches von Einbauten betreffen. Dazu zählen vor allem Kanalumbauten, Wasserrohr-, Gasrohr-, Stromkabelumlegungen und Verkehrsmaßnahmen. Mit diesen Arbeiten wird in den kommenden Monaten begonnen werden. (Schluß) roh/rr

Diskussion über die Zukunft des Wiener Gemeindebaus

Wien, 13.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Wie sieht es nach fast 70 Jahren Entwicklungsgeschichte mit dem Wiener Gemeindebau heute aus und wie soll es weitergehen? Diese Frage diskutierten Dienstag abend Politiker und Architekten im Wiener Albert-Schweitzer-Haus. Mehrere hundert Besucher waren zu dieser Veranstaltung der Ingenieur- und Architektenkammer gekommen.

Der Schweizer Architekturpublizist Rudolf SCHILLING zählt den Wiener Gemeindebau zu den „erstaunlichsten sozialen und politischen Phänomenen Europas“, in dem sich auch die Architekturgeschichte von sieben Jahrzehnten widerspiegle. Der international tätige Wiener Architekturprofessor Josef KRAWINA will mehr Mut zum Experiment durch die Gemeinde, aber auch mehr Verantwortung der Architekten sehen. Architekt Erich BRAMHAS, Autor des Buches „Der Wiener Gemeindebau“, meinte, daß man Schlechtes kritisieren müsse, wenn man den Gemeindebau als Ganzes weiterführen wolle. Zu verbessern seien die grundsätzliche Konzeption und die Vergabepaxis.

NR Dr. Peter PILZ als Vertreter der Grünen meinte, daß er als Gemeindemieter den Niedergang der Arbeiterkultur miterlebt habe. Er wünsche sich eine „Repolitisierung des Wohnbaus hin zu mehr Selbstgestaltung und Selbstverwaltung“. GR. Dr. Johannes HAWLIK (ÖVP) kritisierte die zunehmende Zahl von Mietzinsrückständen und Delogierungen, die Vergabepaxis und die Baukostenüberschreitungen und forderte eine Eigentumsübertragung von Gemeindewohnungen, wodurch ein neues Wohnbauprogramm finanziert werden könne.

Eigentumsübertragung von Gemeindebauten nur ein Schlagwort

Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER erklärte anhand der Entwicklungsgeschichte des Gemeindebaus die Ursachen für aktuelle Probleme. Ein „Zurück zur Wohnbausteuer der 20er Jahre“ zur Finanzierung des kommunalen Wohnbaus wäre „schön, aber unrealistisch“, sagte Edlinger. Die Eigentumsübertragung von Gemeindewohnungen sei jedenfalls nur ein Schlagwort und käme für ihn nicht in Frage. Sie mache den Wohnbau völlig unverwaltet und führe zu einem gigantischen Verlust an verfügbarem Wohnraum. Würde man den ÖVP-Vorschlag verwirklichen, so müßte man 15 bis 20 Gemeindewohnungen verkaufen, um eine neue Wohnung errichten zu können. Erfolge habe man bei den Wohnungskosten erzielt: Die Mietzinsrückstände konnten von 129 Millionen Schilling (Ende 1985) auf 75 Millionen Schilling (März 1987) gesenkt werden, ohne daß die Zahl der Delogierungen den langjährigen Durchschnitt von 300 bis 400 überstiegen hätte. Dies sei vor allem auf eine verbesserte soziale Beratung und Wohnberatung zurückzuführen. Gegen Besserverdienende in Gemeindewohnungen erlaube der Mieterschutz derzeit keine anderen Mittel als freiwillige Mehrleistungen, wie dies die Wiener SPÖ-Gemeinderäte tun. Auch die Vergabe sei transparenter geworden: Vergaben ohne Vormerkschein seien nur über Empfehlung der unabhängigen Wohnungskommissionen möglich. Grundsätzliches Ziel sei aber, die Mietbelastung bei Neubauten um ein Viertel auf rund 30 Schilling pro Quadratmeter und Monat zu senken. Zudem werde ein Mehr an Mitbestimmung bei der Planung und Verwaltung der Gemeindebauten zu höherer Wohnzufriedenheit führen, sagte Edlinger.

Der Präsident der Ingenieurkammer und Diskussionsleiter, Manfred NEHRER, kündigte an, daß derartige Diskussionen zur weiteren Klimaverbesserung zwischen Stadtverwaltung und Architekten in Zukunft verstärkt gefördert würden. (Schluß) ah/gg